

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 888 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Werner Schuster MdB
zum Wahlausgang in
Angola: Angola braucht
deutsche Unterstüt-
zung jetzt!

Seite 1

Joachim Poß MdB zur
Hilfe für ostdeutsche
Betriebe: Investitions-
zulage auf niedrigem
Niveau hilft ostdeut-
schen Unternehmen
nicht.

Seite 3

Dokumentation

Positionspapier der
SPD Hessen-Süd: Die
politische Verantwor-
tung in der linken Mitte
bewahren.

Seite 3

47. Jahrgang / 190

2. Oktober 1992

Angola braucht deutsche Unterstützung jetzt! Zum Ergebnis der Wahlen in Angola

Von Werner Schuster MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Nach sechzehn Jahren Bürgerkrieg haben in Angola die ersten demokratischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Daß diese Wahlen weitgehend friedlich stattfinden konnten, ist ein ermutigendes Zeichen für die weitere demokratische Entwicklung des Landes.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen muß mit einem Sieg des amtierenden Präsidenten Dos Santos und der bisherigen Regierungspartei MPLA gerechnet werden.

Ein Ergebnis, das manche Beobachter sicher überrascht, war doch bis kurz vor den Wahlen von einem "Kopf an Kopf"- Rennen zwischen Dos Santos und seinem Haupttrivalen Jonas Savimbi, dem Chef der UNITA, die Rede.

Für das vergleichsweise schlechte Abschneiden von Savimbi sind eine Reihe von Ursachen zu nennen: Savimbi ist eine sicher charismatische, aber auch autoritäre Führungspersönlichkeit, der bei der Bekämpfung von politischen, auch innerparteilichen Gegnern schwerer Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wird.

Der Abfall einiger führender UNITA- Mitglieder im März 92, die Savimbi für die Ermordung seines potentiellen Nachfolgers Tito Chingunji und dessen Familie verantwortlich machen, hat dem Ansehen des UNITA-Führers in weiten Teilen der Bevölkerung offenbar ebenso geschadet, wie seine Äußerungen im Wahlkampf, daß eine UNITA- Niederlage nur durch Wahlfälschungen zu erklären wäre. Schließlich ist die MPLA in größeren Teilen der angolanschen Bevölkerung verankert, während sich die UNITA vorwiegend auf das Volk der Ovimbundus stützt.

Dos Santos ist offenbar gelungen, seine Abkehr von Einparteienherrschaft und bürokratischer Planwirtschaft glaubwürdig zu vertreten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich: Rudolf Schwinn
mit dem Namen des Verlegers
Reinhold-Papier



Für die weitere Stabilisierung der nach wie vor gespannten innenpolitischen Situation in Angola wird es darauf ankommen, in wieweit es dem mutmaßlichen Sieger Dos Santos gelingt, auch Repräsentanten der unterlegenen Parteien in die Bildung einer neuen angolanschen Regierung der nationalen Einheit angemessen einzubeziehen und damit jegliches erneute Aufflammen des Bürgerkrieges im Keim zu ersticken.

Es ist zu hoffen, daß Savimbi seine Niederlage akzeptiert und breit dazu ist, eine konstruktive Rolle in der angolanschen Politik einzunehmen.

Die Probleme, vor denen das neue, demokratische Angola steht, sind gewaltig:

- die Demobilisierung und Entwaffnung der ehemaligen Regierungsarmee und der UNITA-Truppen ist noch längst nicht abgeschlossen. Nach UNO-Angaben wurden bisher erst ca. 40 % der Truppen beider Seiten entwaffnet. Zwar wurden beide Armeen zum Wahltag offiziell aufgelöst, aber noch immer stellen zehntausende unkontrollierte Bewaffnete eine Gefahr für die friedliche Entwicklung des Landes dar;
- die Wiedereingliederung der ehemaligen Regierungs- und UNITA-Kämpfer-Soldaten ist eine der größten Herausforderung für die neue angolansche Regierung, es fehlt an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Dies ist ein wichtiges Aufgabenfeld für die bundesdeutsche und multilaterale Entwicklungshilfe; die ersten positiven Ansätze in diesem Bereich müssen konsequent ausgeweitet werden;
- die Wirtschaft des Landes liegt nach Bürgerkrieg und bürokratischer Mißwirtschaft völlig am Boden; die öffentliche Verwaltung besteht in weiten Teilen ebensowenig wie die Verkehrs-Infrastruktur. Den Wiederaufbau von Verkehrswegen, Verwaltung und Wirtschaft nach Kräften zu fördern, das ist die beste "Demokratisierungshilfe", die die Industrieländer jetzt leisten können;
- ein besonderes Problem in Angola stellen die "Hinterlassenschaften" des Kriegs dar: große Teile des Landes sind von Minenfeldern übersät und können damit nicht zum dringend notwendigen Nahrungsmittelanbau genutzt werden. Es ist das Verdienst der Hilfsorganisation Cap Anamur, dieses Problem öffentlich deutlich gemacht zu haben und mit einem Einsatz unter großen Schwierigkeiten einen Beitrag zur konkreten Beseitigung dieser Gefahr zu leisten.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Angolas kann gelingen, wenn die regionale politische und wirtschaftliche Integration im südlichen Afrika vorankommt. Die Länder des südlichen Afrikas können ihre schwierigen wirtschaftlichen Probleme nur gemeinsam lösen.

Es ist ermutigend, daß die Mitgliedsländer der informellen Southern African Development Coordination Conference (SADCC) kürzlich in Windhuk einen Vertrag über die Gründung einer "Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika" (SADC) gegründet haben, in die auch Südafrika, wenn dort der Prozeß der Demokratisierung einmal abgeschlossen ist, integriert werden soll.

Am Tag nach den ersten demokratischen Wahlen in Angola beginnt der Wiederaufbau des Landes.

Die Bundesrepublik sollte Angola dabei tatkräftig zur Hilfe kommen und die im Haushaltsentwurf 1993 für Angola vorgesehenen Entwicklungshilfemittel in Höhe von 30 Mio. DM finanzieller und 10 Mio. DM technischer Zusammenarbeit im Sinne einer Hilfe zur Demokratisierung aufstocken.

Diese Mittel sollten insbesondere zur Förderung der bereits in Angola tätigen Nichtregierungsorganisationen verwendet werden, weil zuverlässige staatliche Infrastrukturen auf absehbare Zeit kaum vorhanden sind.

Angola ist auf dem steinigen Pfad der Demokratisierung und des Wiederaufbaus - die Bundesrepublik und die anderen Industriestaaten dürfen Angola dabei nicht im Stich lassen.

(-/2. Oktober 1992/ks/ks)

**Investitionszulage auf niedrigem Niveau hilft ostdeutschen Unternehmen
nicht**

Von Joachim PoB MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundeskabinett mit den ostdeutschen Ministern Krause und Merkel hat heute beschlossen, die Investitionszulage für die neuen Bundesländer nicht zu erhöhen, sondern sie lediglich auf dem niedrigen Niveau von acht Prozent bis zum 1. Juli 1994 zu verlängern und sie sodann auf fünf Prozent abzusenken. Diese halbherzige Maßnahme ist nicht geeignet, Investitionen wirksam zu fördern. Die Bundesregierung hat offenbar immer noch nicht begriffen, daß die ostdeutsche Wirtschaft sich in einer tiefgreifenden, existenzgefährdenden Krise befindet, in der den Unternehmen kosmetische Minimalkorrekturen nichts nützen.

Zu Recht haben deshalb die ostdeutschen Unionsabgeordneten erst vor einem Monat in Erfurt nachdrücklich eine Anhebung der Investitionszulage von heute acht Prozent auf 25 Prozent gefordert. Die ostdeutschen Abgeordneten müssen jetzt wieder einmal erfahren, daß die Bundesregierung ihre Hilferufe nicht ernst nimmt.

Die SPD hat in ihrem Sofortprogramm die dringend notwendige Verbesserung und Vereinfachung der Investitionszulage vorgesehen. Wir werden in den anstehenden parlamentarischen Beratungen einen entsprechenden Antrag im Deutschen Bundestag einbringen. Wir hoffen, daß mit uns alle ostdeutschen Abgeordneten für eine Verbesserung der Investitionszulage sorgen werden, damit endlich die erforderlichen Voraussetzungen für mehr Investitionen und Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern hergestellt werden.

(-/2. Oktober 1992/ks/ks)

DOKUMENTATION

"Die politische Verankerung in der linken Mitte bewahren"

Der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd hat ein Positionspapier erarbeitet, das wir nachstehend dokumentieren.

1. Die deutsche Politik steht vor zentralen Herausforderungen. Große Ängste in der Bevölkerung, wirtschaftliche Krisentendenzen und eine handlungsunfähige Regierung in Bonn begünstigen einen stark wachsenden Rechtsradikalismus. Die fortschrittlichen politischen Alternativen werden nicht deutlich genug diskutiert und artikuliert. Die SPD hat eine besondere Verantwortung, fortschrittliche Perspektiven für die Gestaltung der deutschen Politik in den 90er Jahren zu formulieren. Sie muß die wachsenden Sorgen der Bevölkerung aufnehmen und klare Alternativen zur Bonner CDU-Politik darstellen. Es wäre fatal, wenn sich in der Bundesrepublik der Eindruck festsetzen würde, daß der Druck "von rechts" in den zentralen Fragen Entscheidungen im Sinne rechter Politik erzwingt. Eine zentrale Herausforderung für die SPD besteht darin, eine eigene Position dazu zu formulieren, wie die "Wohlfahrtsfestung" Europa/Deutschland sich mit den Flüchtlings- und Wanderungsproblemen auseinandersetzt.
2. Die Flüchtlings- und Zuwanderungsbewegung nach Deutschland ist auch ein Ergebnis des epochalen Bruchs von 1989. Die Anziehungskraft der hochindustrialisierten westeuropäischen Länder, vor allem aber Deutschlands, für Menschen in Ost- und Mitteleuropa beruht im wesentlichen auf unserer wirtschaftlichen und sozialen Stabilität und nicht auf der Ausgestaltung des Asylrechtes. Die Mauer und die Diktaturen in Osteuropa haben Westeuropa bisher vor Wanderungsbewegungen "geschützt". Seitdem sie beseitigt wurden, erfolgt die

Wanderung entsprechend dem wirtschaftlichen Gefälle, wenn keine neuen Barrieren errichtet werden.

3. Diese Völkerwanderung trifft auf Menschen in Deutschland, die in Ost und West je unterschiedlich unter dem Streß der sozialen und kulturellen deutschen Vereinigung leben. Die Umwertung der Werte und teilweise auch die nachträgliche Entwertung vieler Lebensläufe von Menschen in den fünf neuen Ländern sind ein Element. Das Teilen-Müssen unter extrem ungerechten Vorzeichen, das in Westdeutschland zunehmend zu Erbitterung führt, ist ein anderes.
4. In dieser Situation, in der es "außen" keine Feindbilder mehr gibt, benutzt ein Teil der Politik die Ängste, die Verunsicherung vieler Menschen in einer Phase der Instabilität gegen "die Fremden", "die Ausländer", "die Asylanten" im Inneren. Und jede eigene soziale Abstufung oder Belastung, zum Beispiel der Wohnungsmangel wird, ob zurecht oder zu unrecht, dieser Gruppe angelastet. Dies "erklärt" einen Teil der emotionalen Zustimmung vom Menschen zu rechten "Denkmustern", die sich selbst nicht als rechtsextrem betrachten würden.
5. In dieser Situation, die bei vielen Menschen in Deutschland Desorientierung und Angst auslöst, in der sie sich von der Politik im Stich gelassen fühlen, ist die Reaktion der SPD von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland. Ist es besser, eigene Werte "zu begradien", Signale der Annäherung an die andere größere Partei, die CDU zu geben, und letztendlich eine formelle oder informelle große Koalition zu begründen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten? Oder ist es besser, Alternativen zu formulieren, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität herausstellen und damit eigene positive Signale zu setzen?

Die Entwicklung der politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik spielt sich nicht nur im Bereich der Wahlentscheidung zwischen politischen Parteien ab. Letztendlich werden die Grundhaltungen in unserer Gesellschaft bestimmt durch ein Gleichgewicht widerstreitender Interessen. Diese Interessen werden unter anderem artikuliert von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Umweltschutzverbänden, Sozialorganisationen, politischen Parteien und der Presse. Eine Positionsveränderung einer großen Organisation wie der SPD kann das gesellschaftliche Gleichgewicht grundlegend ändern. Davon kann abhängen, ob in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren eher Toleranz oder Intoleranz, eher soziale oder unsoziale Grundeinstellungen vorherrschen. Dieser hohen Verantwortung muß sich die SPD stellen. Sie begrenzt die Spielräume für unsere Politik dort, wo kurzfristige taktische Entscheidung gesellschaftliche Konsequenzen haben, die im Widerspruch zu den Grundwerten der SPD stehen.

Wir meinen: Indem die SPD ihre politische Verankerung in der linken Mitte bewahrt und ihr eigenes Profil schärft kann sie Halt und Orientierung für viele Menschen anbieten, die sich sonst zum Teil auch aus Unsicherheit rechten Orientierungen zuwenden. Jede Annäherung der beiden großen Parteien, sei es in informeller oder formeller großer Koalition würde dazu führen, daß das rechtsextreme Potential daneben stärker wachsen kann. Dies heißt selbstverständlich nicht, daß die notwendige Sachkooperation zwischen den Bundestagsparteien abgelehnt würde.

Die Antwort auf die Große Koalition nach 1966 war die linke außerparlamentarische Opposition. Die Annäherung der beiden großen Parteien unter den heutigen Bedingungen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine massive Bewegung nach Rechtsaußen hervorrufen. Dies wäre für Deutschland verhängnisvoll.

6. Bei der Auseinandersetzung über das Sofortprogramm stehen sich nicht "Grundsatztreue" und "Regierungsfähigkeit" gegenüber, sondern zwei unterschiedliche Orientierungen, wie die gegenwärtige ökonomische und politische Krise bewältigt und die Regierungsfähigkeit der SPD erreicht werden soll. Wir plädieren für eine klare politische Alternative der SPD zu den konservativen und reaktionären Kräften, die auf dem Hintergrund sozialdemokratischer Werte und Überzeugungen - sozial, frauenfreundlich, tolerant und ökologisch - stehen muß. Jetzt den richtigen Weg zu wählen, kann für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung sein. Deshalb muß dies das Thema der Debatte sein.

(-/2. Oktober 1992/ks/ks)